

Zivilbevölkerung zwischen Bangen und Hoffen

Ein Halbjahr der Ernüchterung und Desillusionierung liegt hinter uns. Die leisen Hoffnungen auf ein Ende des Ukraine-Kriegs, so wie Donald Trump es vollmundig versprochen hatte, haben sich in Bombenrauchschwaden aufgelöst. Auch der Krieg im Nahen Osten eskaliert je länger je mehr. Eine Handvoll machtbesessener Egomane regiert die Welt – und die Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen stehen mit dem Rücken zur Wand.

Denn auch die WHO hat ihre Machtposition gegenüber der Zivilbevölkerung weiter ausgebaut: In durchgängig undemokratischer Weise wurden die «Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)» durchgeboxt – und unsere Bundesverräter haben sie trotzdem am Volk vorbei akzeptiert. Das ist ein Skandal!

Was bleibt zu tun? Nicht aufgeben! Weiterhin müssen wir an allen Fronten unser

Gärtchen Schweiz gegen manchmal recht unauffällig sich anschleichende Trampeltiere verteidigen und die darin wachsenden, zarten Pflänzchen «Frieden und Freiheit» sorgsam hegen und pflegen.

Die Trampeltiere von heute kommen nicht mit lautem Getöse wie weiland Napoleons Truppen, welche die Eidgenossen 1798 am Grauholz vernichtend schlugen und das Land (vorübergehend) besetzten, – Trampeltiere von heute kommen meist auf leisen Sohlen und meist unter falschem Etikett, z.B. als «E-ID», worüber wir demnächst wieder abstimmen dürfen. Darüber schreiben hier **Peter Koenig und Josef Ender.**

Das sind für diesmal wieder genug Themen, um ein Bulletin zu füllen. Wer aber nicht nur lesen, sondern auch live hören und vielleicht auch sich mit Anderen darüber austauschen möchte, der sei zu unserem nächsten Vortrag herzlich eingeladen:

Christoph Hörstel wird am **Samstag, 20. September um 10 Uhr in Zürich** über all diese Themen sprechen und gibt im Folgenden einen kurzen Vorblick. Wir bitten um Anmeldung, damit Ihnen der genaue Veranstaltungsort mitgeteilt werden kann.

Unsere nächste Veranstaltung zum Vormerken wird dann am Vormittag des **Samstag, 7. März 2026** wieder um **10h** im Restaurant Rössli in Illnau stattfinden

Mit bestem Dank für Ihr Interesse und freundlichen Grüßen

**VEREIN
BÜRGER FÜR BÜRGER**

John C. Ermel, Präsident

Tel. 044 350 14 71

Tel. 079 321 30 38 direkt

Themen, die uns fast den Atem rauben

Von Christoph Hörstel



Drei Themen bestimmen heute die tägliche Debatte:

Zwei gewaltsame Auseinandersetzungen: Palästina und Ukraine – sowie die staatlichen Versuche, die Bürger auf mehreren Parallelwegen elektronisch zu überwachen und zu kontrollieren.

Der Reihe nach:

1. Palästina - Gaza

Über Jahre hin, etwa seit 2019 hat Israel die Überwachungszügel gelockert – und zugeesehen, wie Hamas sich bewaffnet hat, um dem Würgegriff der israelischen Blockadepolitik zu entrinnen, der über die Jahre hin zur höchsten Selbstmordrate weltweit geführt hat. Die Trump'schen „Abrahamverträge“ waren „Deals“, in denen arabisch-islamische Staaten für den Verzicht auf politische Unterstützung Palästinas ungeheuerliche wirtschaftliche und politische Vorteile sichern konnten. Der Hamas-Überfall vom 7. Oktober geschah wenige Wochen, bevor die islamische Führungsmacht Saudi-Arabien ein solches Abkommen unterschrieb.

Wenig bekannt ist, dass die israelische Armee bestens vorbereitet war, trotzdem 90% ihrer üblichen Grenzbesatzung abgezogen hatte – und unter „Hannibal“-Befehl stand. Jede Verschleppung israelischer Gefangener durch Hamas musste unter Waffeneinsatz verhindert werden. Den Soldaten war bewusst, dass sie auf die eigenen Leute schießen. Deshalb beschuldige ich die politische Führung von Israel seit Oktober

2023, für die Mehrheit der insgesamt exakt 1.139 toten Israeli selbst verantwortlich zu sein – und seit Ende 2023: die große Mehrheit bis FAST ALLE. Israel selbst hat niemals forensische Obduktionen zugelassen und so alle Beweise vernichtet.

Was danach Israel in Gaza angerichtet hat, führt jetzt zur weltweiten Isolierung, auch auf Grundlage der IGH-Rechtsprechung plus zwei Haftbefehle des IStGH gegen Netanjahu und Ex-Verteidigungsminister Gallant: Völkermord. Nicht zu vergessen sind Israels eskalatorische Unterdrückungsmaßnahmen im Westjordanland, das nach der Ermordung Arafats seit Jahrzehnten blutig unterdrückt und illegal zersiedelt wird, um jede tatsächliche Staatengründung Palästinas zu verhindern. Mehr als 75% der UN-Mitgliedsstaaten haben Palästina als Staat anerkannt – einen Staat, den es nur auf dem Papier gibt.

Der Vortrag zeigt Lösungswege für den Nahostkonflikt auf, die Gegenstand meiner jahrzehntelangen Kontakte zu Beteiligten und meiner

öffentlichen Arbeit sind. Außerdem berichte ich über unsere politischen Schritte im Sinne dieser Lösungen, insbesondere die neue globale Petition www.gazatalks.org. Deutschland soll der Sicherheit der Juden weltweit verpflichtet bleiben, aber Merkels unselige Sicherheitsgarantie an Israel von 2007 aufkündigen.

Ein Seitenblick auf das Iran-Thema mit Besonderheiten des Atomprogramms ist ebenso unausweichlich wie auf „Groß-Israel“. Die Türkei, jetzt Türkei, bereitet sich intensiv auf die historisch „kommende“ Auseinandersetzung vor.

2. Ukraine

Hier erläutere ich die These, dass der russische Überfall aus drei Gründen unausweichlich war:

1. Am 24. März 2021 befahl Selenski im Dekret 117, die Armee zur Rückeroberung von Krim und Donbass auszurüsten und vorzubereiten. Vergeblich rief Russlands Präsident Putin den Westen zu Gesprächen auf und erklärte eine „Rote Linie“.

2. In der Folgezeit stellte Selenski die halbe Armee, etwa 125.000 Mann, im Viertelkreis am Donbass auf. Am 12.-14. Oktober begannen Artillerieduelle, die schließlich mehr als 1.000 Waffenstillstandsverletzungen am Tag ausmachten – insgesamt und von beiden Seiten. Aber die Eskalation ging von Kiew aus, der Donbass antwortete.

3. Am 19. Februar 2022, vor dem Plenum der Münchner Sicherheitskonferenz, kündigte Präsident Selenski an, das Budapester Abkommen, das Kiew zum Atomwaffenverzicht verpflichtete, nicht weiter zu erfüllen – zum Beifall der Nato-Größen im Publikum.

4. In den Jahren zuvor hatten die USA auf ukrainischem Boden in Grenznähe zu Russland etwa 40 Biowaffenlabors aufgebaut und CIA-Kommandobunker eingerichtet, die inzwischen alle in russischer Hand sind. Ziel der USA war und ist es, Biowaffen zu entwickeln, die nur gegen Russen wirken.

Der Welt wird vorgegaukelt, Kiew mit 40 Millionen Ukrainern sei in der Lage, Russland mit 140 Millionen Russen in Schwierigkeiten zu bringen. Wichtige Nato-Staaten haben – inzwischen wieder abgeschwächte – geheime Kommandoeinheiten auf ukrainischem Boden eingesetzt. Russland kämpft seit Mitte 2022 gegen die Nato.

Inzwischen hat Russland gelernt, mit westlichen Vertragsbrüchen und -lügen adäquat umzugehen und rückt auf ukrainischem Boden unaufhörlich langsam vor, seit Abschwächung der Waffenlieferungen an Kiew deutlich schneller. Ein Waffenstillstand wäre für Moskau einseitig nachteilig und wird deshalb nur gewährt, wenn entsprechende garantierte politische Entgegenkommen den tatsächlichen Friedensschluss ermöglichen.

Ich erläutere Russlands sieben Bedingungen dafür, mache Lösungsvorschläge und berichte über unsere politische Arbeit dafür, durch den Einsatz für deutsch-russische Freundschaft mit der Petition www.deutschlandfuerfrieden.org. Deutschland verbleibt im Westen – aber lässt sich nicht gegen Russland hetzen.

3. Von der elektronischen Bürgerkontrolle zur Bürgerüberwachung und in die Diktatur?

Heute stellen wir besorgt fest, dass Bargeld-Abschaffung, elektronische Patientenakte und elektronische ID sowie elektronische Impfüberwachung und Verkehrsbeobachtung, Kameras in Städten, Modelle wie „15-Minuten-Städte“, Demonstrationsverbote, -Unterdrückung und -Überwachung sich zu einem dichten Netz verweben, das inzwischen unsere Demokratien weltweit ernstlich untergräbt.

Der Vortrag zeigt das Machtsystem dahinter, die Interessengeflechte, erläutert Funktion, Methoden und Wirkungen, nennt Ross und Reiter und warnt vor jedem Millimeter Verlust schweizerischer Freiheit. Der militärtaktische Begriff „Vorneverteidigung“ bekommt hier eine besondere politische Dimension für freiheitlich motivierte Bürger, gerade auch im Licht der anstehenden Volksentscheidungen.

Der Vortragende legt traditionell besonderen Wert auf die genaue und persönliche Beantwortung aller Fragen und freut sich deshalb auf die Diskussion.

Die Schweiz stimmt erneut über die elektronische Identitätskarte (e-ID) ab

Von Peter Koenig*



Am 7. März 2021 stimmten die Schweizer Bürger bereits über die Einführung der elektronischen Identitätskarte (e-ID) ab und lehnten die Vorschläge der Regierung mit einer überwältigenden Mehrheit von 64,4 % NEIN gegen 35,6 % JA ab.

Das war vor gerade einmal vier Jahren. Und nun legt die Schweizer Regierung den Vorschlag erneut dem Volk vor. Nicht freiwillig. Er wurde beiden Kammern des Schweizer Parlaments vorgelegt und angenommen, wie es oft der Fall ist, da das Schweizer Parlament nicht wirklich die Interessen des Volkes vertritt, sondern die Interessen der Wirtschaft.

Dies ist ein klares Signal dafür, dass sich die Schweiz von einer demokratischen Republik zu einem Unternehmen mit einem Unternehmensbuchhaltungssystem gewandelt hat, in dem der Gewinn das Maß aller Dinge ist, in dem die einfachen Menschen die Arbeiter sind – und diejenigen an der Spitze des Unternehmens, wie die sieben Zwerge in Bern, die Schweizer Unternehmensleitung, sozusagen die CEOs, sind.

Sofort wurde ein Referendum gegen die E-ID gestartet, sodass die Regierung den Vorschlag zur E-ID erneut dem Schweizer Volk vorlegen muss. Diesmal mit besser vorbereiteten Argumenten, mit mehr Lügen und Fehlinformationen, denn das Wesen der E-ID bleibt dasselbe: Sie wäre ein großer Schritt in Richtung vollständiger digitaler Kontrolle, vollständiger digitaler Versklavung der Bevölkerung.

Zur Erinnerung: Schweizer Parlamentarier haben absurderweise das Recht, in so vielen Vorständen von Unternehmen und Finanzinstituten zu sitzen, wie sie wollen. Das ist der Inbegriff eines Interessenkonflikts.

Das bedeutet, dass wir in der Schweiz eine eingebettete Lobby haben, die weltweit nahezu einzigartig ist, in einem Land, das sich selbst als

das Herz der Demokratie bezeichnet. Denken Sie noch einmal darüber nach.

Nun wird denselben Menschen erneut die Frage nach JA oder NEIN zur E-ID vorgelegt, mit anderen Argumenten und, offen gesagt, Fehlinformationen, die ein „Ja“ schmackhafter machen sollen. Was das wirklich bedeutet: Die Schweizer Regierung will diese E-ID um jeden Preis durchsetzen. Was sagt Ihnen das über unsere Regierung? Kann man ihr vertrauen, so wie sie vorgibt und Sie glauben machen will?

Auf keinen Fall!

Warum sonst würde die Regierung den Willen des Volkes missachten, der 2021, also vor nur vier Jahren, mit einer Ablehnung der E-ID durch fast zwei Drittel der Wähler so deutlich zum Ausdruck gebracht wurde?

Vertrauen Sie der Regierung nicht!

Hoffentlich haben Sie den Covid-Skandal, besser gesagt das Covid-Verbrechen, nicht vergessen. Ein guter Grund, nichts zu glauben, was die Regierung gegen den Willen des Volkes durchsetzen will.

Lassen Sie uns nur einige der offensichtlichsten Argumente gegen eine E-ID aufzählen, Argumente, die weltweit gelten, nicht nur in der Schweiz.

Zu den Argumenten gegen die E-ID gehören Datenschutzrisiken, mit berechtigten Befürchtungen hinsichtlich der Datenverfolgung und -auswertung für Profiling und Marketing durch Unternehmen oder Behörden. Denken Sie nur an die „Cookies“, die Sie für fast jeden Artikel, den Sie lesen möchten, akzeptieren müssen.

Sicherheitsbedenken sind ein Problem, da die Technologie potenziell unsicher ist und der Schutz vor Cyberangriffen unzureichend ist, d. h. Daten können gestohlen und an wer weiß wen verkauft werden, zum Beispiel an die sogenannten Five-plus-One-Eyes – die Geheimdienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens, Neuseelands und – raten Sie mal – Israels Mossad.

Daten können auch einfach von unserer Regierung zur vollständigen Kontrolle und Manipulation von Gruppen oder einzelnen Bürgern verwendet werden, die sich „nicht benehmen“. Digitale Daten können mit Bankkonten verknüpft und Bankkonten gesperrt werden, wenn die obersten Behörden dies für notwendig erachten, weil ein Bürger mit einer korrupten und diktatorischen Regierungspolitik nicht einverstanden ist. Die digitale E-ID ist der Vorläufer eines Sozialkreditsystems.

Digitale Ausgrenzung oder Diskriminierung ist ein weiteres Problem, da diejenigen, die mit digitalen Tools nicht vertraut sind, benachteiligt oder vom Zugang zu Dienstleistungen ausgeschlossen werden könnten. Darüber hinaus gibt es Befürchtungen, dass Unternehmen oder Behörden zunehmend Druck ausüben könnten, die E-ID zu verwenden, und dass dies tatsächlich ein Sozialkreditsystem ermöglichen könnte.

Digitale E-ID-Daten könnten für Erpressungen verwendet werden, entweder durch die eigene Regierung oder durch diejenigen, die Ihre digitalen Daten gestohlen oder gekauft haben.

Heute müssen Schweizer Bürger im In- und Ausland ihren Personalausweis oder Reisepass in Papierform vorlegen, um ihre Identität nachzuweisen. Das ist SICHER.

Mit der digitalen E-ID müssen Sie eine oder mehrere Apps auf Ihren Computer und Ihr Smartphone herunterladen, um eine digitale ID hochladen zu können. Jede neue App ist ein neues Risiko.

Wie bei elektronischen Zahlungssystemen – einer weiteren Form der Versklavung, die leider vielen Menschen, insbesondere den jüngeren Generationen, noch nicht bewusst ist – können Daten auf Ihren Smartphones gehackt werden, und wenn Ihr Telefon verloren geht oder gestohlen wird, ist Ihre gesamte Sicherheit dahin, einschließlich Ihrer Bank-ID und allem, was mit der digitalen E-ID verbunden ist.

Vorerst, so die Schweizer Regierung, bleibt die E-ID optional.

Moment mal: Was heißt „vorerst“? Im Jahr 2026 plant die Regierung die Einführung eines biometrischen Schweizer Personalausweises (ID), einem Vorläufer der E-ID. – Wurden Sie darüber informiert?

Die Schweizer Regierung gehört zu den Regierungen, die am stärksten auf eine vollständige Digitalisierung aller Bereiche, einschließlich des Geldes, drängen. Sobald ein bestimmter Grad an Digitalisierung erreicht ist, ist der nächste Schritt zur obligatorischen E-ID leicht zu vollziehen. Die Regierung hebt einfach die Gültigkeit von Papiausweisen auf – und was können Sie dagegen tun? Dann gibt es kein Zurück mehr, Sie sind digital versklavt und können kaum noch entkommen.

Bitte stimmen Sie am 28. September 2025 mit NEIN zur digitalen E-ID, signalisieren Sie damit ein klares NEIN gegen die Digitalisierung von allem.

* **Peter Koenig** ist Geopolitik-Analyst, regelmäßiger Autor für Global Research und ehemaliger Ökonom bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wo er über 30 Jahre lang weltweit tätig war. Er ist Autor von „Implosion – Ein Wirtschaftsthiller über Krieg, Umweltzerstörung und Unternehmensgier“ und Mitautor von Cynthia McKinneys Buch „When China Sneezes: From the Coronavirus Lockdown to the Global Politico-Economic Crisis“ (Clarity Press – 1. November 2020).

Peter Koenig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Research on Globalization (CRG). Außerdem ist er nicht-residierender Senior Fellow des Chongyang Institute der Renmin-Universität in Peking.



Informationen zu «Bürger für Bürger» finden Sie auf unserer Homepage.

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto 87-133198-2
IBAN CH30 0900 0000 8713 3198 2 – herzlichen Dank.

Oder machen Sie aktiv mit und melden Sie sich bei uns unter info@freie-meinung.ch



"Und Sie haben mir wirklich nichts verschwiegen?"

E-ID: Unnütze Überwachungsinfrastruktur!

Von Josef Ender



Als IT Unternehmer ist mir Digitalisierung und Datenschutz ein grosses Anliegen. Sollte eine E-ID eingeführt werden, ist mit massiver Datensammlung der grossen Tech-Konzerne zu rechnen. Der Bürger droht gläsern zu werden und mit der E-ID wird die Überwachungsinfrastruktur für ein Sozialkreditsystem wie in China aufgebaut. Was viele nicht wissen: Bereits heute werden in Österreich und Italien Sozialkreditsysteme

getestet. Es handelt sich also keineswegs um eine realitätsfremde Bedrohung unserer Freiheit.

Die von den Befürwortern versprochene Freiwilligkeit fehlt im Gesetz. Schon jetzt hat der Bund Pläne, Organspendeausweis und elektronisches Patientendossier, mit der E-ID zu verknüpfen. Die Freiwilligkeit ist also nur ein leeres Lippenbekenntnis. Sie müsste zwingend per Gesetz garantiert sein. Wer keine E-ID hat, wird künftig benachteiligt oder gar diskriminiert werden. Die Grundlage dazu ist übrigens bereits im Gesetz gelegt: Behörden dürfen Zusatzgebühren verlangen bei Behördengängen, wenn jemand keine E-ID hat. Heute muss man auf Webseiten unnötige Datenschutz- und Cookie-Meldungen bestätigen. In Zukunft wird man zusätzlich noch überall seine E-ID vorweisen müssen.

Auch die versprochene, für den Datenschutz essentielle Unverknüpfbarkeit der E-ID Daten steht nicht im Gesetz. Mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit wird diese sofort wieder fallen gelassen, wenn die USA oder die EU dies fordern. Zum Thema Datenschutz und Sicherheit schreibt sogar der Bund auf der offiziellen E-ID Webseite: Es gibt keine 100% Sicherheit. Oft wird behauptet, mit der E-ID könne Betrug verhindert werden. Grundsätzlich können Gesetzesbrecher nicht durch neue Gesetze eingeschränkt werden. Betrüger finden immer neue Wege. Die E-ID verhindert keinen Betrug!

2021 wurde die E-ID, gemäss Analyse von Lukas Golder, GFS-Bern wegen Sorgen zum Datenschutz abgelehnt. Zudem war der Nutzen der E-ID für die Stimmbürger nicht vorhanden. Daran hat sich nichts geändert. Noch heute ist die E-ID unnütz, denn Steuererklärungen wie auch Behördengänge lassen sich bereits heute problemlos digital abwickeln. **Überlegen Sie selber, wann Sie eine E-ID vermisst haben, und stimmen Sie NEIN, wenn Sie frei und selbstbestimmt über Ihre Daten entscheiden wollen.**



Einen interessanten Vortrag von Josef Ender gibt es auf www.youtube.com/watch?v=76K2Sk7wtiw zu sehen – und eine ausführliche Podiumsdiskussion mit ihm und Ständerat Pirmin Schwander auf www.youtube.com/watch?v=noYUf5NwIXA

Spendenaufruf für die Weiterarbeit

«Bürger für Bürger»
dankt Ihnen sehr für Ihre
Unterstützung
und Spende!



frei und eigenständig

www.freie-meinung.ch | info@freie-meinung.ch
PC 87-133 198-2 | CH30 0900 0000 8713 3198 2